

Eingangsvermerk

Eingang am:

Antrag auf Einbürgerung

Bitte alle Fragen beantworten. Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf ein Beiblatt.

Bei Minderjährigen über 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit (Einbürgerung).

1. Angaben zur Person

1.1 Antragsteller

Vermerke der Behörde

Familienname (ggf. auch Geburtsname)	männl.	weibl.	divers.
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Vorname(n)	Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

Staatsangehörigkeit(en)

Tel.-Nr. (privat, E-Mail oder Telefax)

Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)

Familienstand

<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet
<input type="checkbox"/> verwitwet	<input type="checkbox"/> getrennt lebend seit
<input type="checkbox"/> geschieden	

Tag und Ort der Eheschließung

Ehegatte

Familienname (ggf. auch Geburtsname)	männl.	weibl.	divers.
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Vorname(n)	Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Staat

Staatsangehörigkeit(en)

Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts (PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)

Frühere Ehen ja nein

Erste Ehe

von

bis

Name in der Ehe

aufgelöst durch ¹⁾Staatsangehörigkeit(en) des
früheren Ehegatten

Zweite Ehe

von

bis

Name in der Ehe

aufgelöst durch ¹⁾Staatsangehörigkeit(en) des
früheren Ehegatten

Dritte Ehe

von

bis

Name in der Ehe

aufgelöst durch ¹⁾Staatsangehörigkeit(en) des
früheren Ehegatten**1.2. Status, Wehrdienst****Staatszugehörigkeitsverhältnisse**

Derzeitige

Staatsangehörigkeit(en)

belegt

 ja neindurch (Pass, Staatsbürger-
schaftsnachweis usw.)

Frühere Staatsangehörigkeit(en)

Verlustgrund

Verlust der Staatsangehörig-
keit(en) ist nachgewiesen durch**Volkszugehörigkeit****Besonderer Status:**

Vertriebener nach BVFG

 ja nein

Heimatloser Ausländer

 ja nein

Asylberechtigter

 ja nein

Ausländischer Flüchtling

 ja nein

belegt durch

¹⁾ Bei Ehescheidungsurteilen Datum und Rechtskraft angeben, bei ausländischen Entscheidungen auch angeben, ob sie für den deutschen Rechtsbereich anerkannt sind.

Wehrdienst

- Wehrdienstpflichtig ja nein
 Von der Wehrpflicht befreit ja nein
 Wehrpflicht erfüllt ja nein
 anderer Militärdienst ja nein
 in wessen Dienst

--

Zeitraum

1.3. Aufenthalt, Ausbildung

Auslandsaufenthalte (außerhalb der Bundesrepublik Deutschland - Zeit, Ort, Kreis, Staat)

von	bis	in

Inlandsaufenthalte (innerhalb der Bundesrepublik Deutschland - Zeit, Ort, Kreis, Bundesland)

von	bis	in

Aufenthaltsberechtigung ja nein
 Aufenthaltserlaubnis ja nein wenn ja gültig bis

--

Schulbildung (Zeit, Schulart, Abschluss, Staat)

Berufsausbildung (Zeit, Berufsart, Abschluss, Staat)

1.4. Arbeitsverhältnisse

Selbstständige Tätigkeiten (in den letzten 10 Jahren, Zeit, Art)

Nichtselbstständige Tätigkeiten (in den letzten 10 Jahren, Zeit, Art, Arbeitgeber)

1.5. Eltern

- Leibliche Eltern Adoptiveltern

Die Annahme als Kind ist nachgewiesen durch

--

	Vater	Mutter
Familienname (ggf. auch Geburtsname)		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit(en)		
Volkszugehörigkeit		
Wohnort, Kreis, Staat		
verstorben	<input type="checkbox"/> ja, am <input type="text"/>	<input type="checkbox"/> ja, am <input type="text"/>
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein

Tag, Ort und Staat der Eheschließung

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern

Vermerke der Behörde

Die Ehe der Eltern besteht fort ja nein

Das Sorgerecht liegt bei der Mutter dem Vater beiden

Das Sorgerecht beruht auf _____

1.6. Kinder

Hier sind alle minderjährigen und volljährigen ehelichen, nichtehelichen und angenommenen Kinder einzusetzen.

	1.	2.
Familienname (ggf. auch Geburtsname)	_____	_____
Vorname(n)	_____	_____
Geburtsdatum	_____	_____
Geburtsort, Kreis, Staat	_____	_____
Staatsangehörigkeit(en)	_____	_____
Im Haushalt lebend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Miteinzubürgern oder Einbürgerung beantragt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

	3.	4.
Familienname (ggf. auch Geburtsname)	_____	_____
Vorname(n)	_____	_____
Geburtsdatum	_____	_____
Geburtsort, Kreis, Staat	_____	_____
Staatsangehörigkeit(en)	_____	_____
Im Haushalt lebend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Miteinzubürgern oder Einbürgerung beantragt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

	5.	6.
Familienname (ggf. auch Geburtsname)	_____	_____
Vorname(n)	_____	_____
Geburtsdatum	_____	_____
Geburtsort, Kreis, Staat	_____	_____
Staatsangehörigkeit(en)	_____	_____
Im Haushalt lebend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Miteinzubürgern oder Einbürgerung beantragt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Das Kind unter Nummer stammt aus der jetzigen Ehe.
 Das Kind unter Nummer stammt aus früherer Ehe.
 Das Kind unter Nummer ist nichtehelich.
 Das Kind unter Nummer ist angenommen (Adoption).

Vermerke der Behörde

Nur auszufüllen bei minderjährigen Antragstellern bzw. miteinzubürgernden Kindern

Das Sorgerecht liegt bei der Mutter dem Vater beiden
 Das Sorgerecht beruht auf

2. Sprachkenntnisse, strafbares Verhalten, wirtschaftliche Verhältnisse

2.1 Sprachkenntnisse durch

Elternhaus ja nein
 Schulbesuch ja nein
 Selbststudium ja nein
 Aufenthalt im deutschsprachigen Raum ja nein
 Angabe des Staates
 Besuch eines deutschen Sprachinstitutes von
 bis
 Name und Sitz des Institutes

2.2 Strafbares Verhalten

Straftaten und laufende Ermittlungs- und Strafverfahren im In- und Ausland

Angaben über Datum, erkennendes Gericht, Tatbestand und Strafmaß

Angaben über aktuelle Ermittlungs- und Strafverfahren (auch Verkehrsdelikte)

2.3. Wirtschaftliche Verhältnisse

Vermerke der Behörde

- Arbeitnehmer/in selbständig
- unbefristetes Arbeitsverhältnis befristetes Arbeitsverhältnis bis _____

Ausgeübter Beruf

Brutto-Einkünfte _____ EUR monatlich jährlich

Grundstücke o. Vermögen _____

Hypotheken, Schulden _____

Steuerrückstände bestehen für mich ja nein

Im Schuldnerverzeichnis bin ich eingetragen ja nein

Alterssicherung ja nein

durch _____

Bezieher von Sozialleistungen ja nein

- Ich erhalte Leistungen der Agentur für Arbeit ja nein

- Ich erhalte Leistungen von einem Jobcenter ja nein

- Ich erhalte Wohngeld ja nein

- Höhe der monatlichen Leistungen Betrag _____ EUR

- Wurden früher Sozialleistungen gewährt? ja nein

- Wenn ja, wann _____

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen? ja nein

- Wenn ja, gegenüber welchen Personen? _____

- Anschrift des(r) Unterhaltsberechtigten

- Bestehen Unterhaltsrückstände? ja nein

- Höhe der Unterhaltsrückstände Betrag _____ EUR

Brutto-Einkünfte der Familienangehörige monatlich jährlich

Name _____

Betrag _____ EUR

Name _____

Betrag _____ EUR

Nur zu beantworten bei Personen ohne eigene Einkünfte

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ja nein

Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen

Brutto-Einkünfte der Unterhaltspflichtigen monatlich jährlich

Betrag _____ EUR

3. Zwischenstaatliche Gesichtspunkte

3.1 Entwicklungspolitik

Nur zu beantworten vom Staatsangehörigen der Entwicklungsländer
--

Aus- oder Weiterbildung außerhalb des Heimatstaates ja nein

Art und Zeitangabe, Staat

Zeitpunkt des Beginns der Ausbildung

--	--

Zeitpunkt der Beendigung der Ausbildung

--	--

Zeitpunkt des Beginn der Weiterbildung

--	--

Zeitpunkt der Beendigung der Weiterbildung

--	--

Zeit und Grund einer vorzeitigen Beendigung der Aus- oder Weiterbildung

--	--

Aus- oder Weiterbildung im Rahmen eines Regierungsprogramms

ja nein

Wenn ja, welches Regierungsprogramm?

--	--

Deutsche Stellen haben finanzielle Ausbildungshilfen gewährt

ja nein

Die Ausbildungshilfen wurden gewährt durch (Name und Anschrift)

Höhe der Ausbildungshilfen

--	--

Institutionen oder Behörden im Heimatstaat haben finanzielle Ausbildungshilfe gewährt

ja nein

Die Ausbildungshilfen wurden gewährt durch (Name und Anschrift)

Höhe der Ausbildungshilfen

--	--

Ich bin bereit, vor der Einbürgerung eine Regelung über die Rückzahlung der gewährten Ausbildungshilfe herbeizuführen

ja nein

4. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich/wir bin/sind bereit, die bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte(n) mich/uns, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

ja nein

Falls nein, Gründe

5. Frühere Antragstellung

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit habe
ich bereits früher beantragt
bei Behörde

ja

nein

Der Antrag wurde abgelehnt am

Der Antrag wurde von mir zurückgenommen am

6. Begründung des Einbürgerungsantrages

Lichtbild

Ort, Datum

Unterschrift(en) des
Einbürgerungsbewerbers oder des/der
gesetzlichen Vertreter(s)

Ich/Wir beantrage(n) hiermit die Einbürgerung (Miteinbürgerung) folgender Kinder:

Vermerke der Behörde

Lichtbild(er)

_____	_____
Ort, Datum	Unterschrift(en) des/der gesetzlichen Vertreter(s)

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen. Das wird hiermit amtlich bestätigt.

_____	_____
Ort, Datum	Bezeichnung der Behörde

(Dienstsiegel)

Unterschrift und Amtsbezeichnung

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung informiert worden. Mir ist bekannt, dass dazu grundsätzlich auch die Aufgabe oder der Verlust meiner bisherigen Staatsangehörigkeit gehört.
Darüber hinaus bin ich mir darüber bewusst, dass meine Staatsangehörigkeitsverhältnisse geklärt sein müssen.

2. Ich leiste dafür Gewähr, dass ich mich in die deutschen Lebensverhältnisse einordne.
Insbesondere erkläre ich hierzu ergänzend zu meinem Antrag, dass ich
 - ledig** bin und auch keine Ehe nach sonstigen Formen (z.B. religiösen Gesetzen) geschlossen habe oder für mich durch einen Vertreter geschlossen wurde.
 - verheiratet** bin und keine weitere Ehe oder nach sonstigen Formen (z.B. religiösen Gesetzen) weitere Ehe geschlossen habe oder für mich durch einen Vertreter geschlossen wurde. Ich lebe nicht in einer sog. Viel- oder Mehrehe.
 - von meiner zuvor geschlossenen Ehe **geschieden** bin. Es besteht auch keine weitere Ehe oder es wurde nach sonstigen Formen (z.B. religiösen Gesetzen) auch keine weitere Ehe geschlossen und ist auch nicht für mich durch einen Vertreter geschlossen worden.
 - verwitwet** bin. Es besteht auch keine weitere Ehe oder es wurde nach sonstigen Formen (z.B. religiösen Gesetzen) auch keine weitere Ehe geschlossen und ist auch nicht für mich durch einen Vertreter geschlossen worden.

3. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert. Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren. Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.

4. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz). Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.

5. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255 Euro pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51 Euro; ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags ist grundsätzlich kostenpflichtig.

6. Über die Möglichkeit der Einsichtnahme der Information nach Artikeln 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) auf der Internetseite der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz (https://www.kvmyk.de/kv_myk/Datenschutz/) bin ich aufgeklärt worden.

Ort, Datum

Unterschrift

**Besondere Einverständniserklärung
zur Einholung von wirtschaftlichen Daten
im Rahmen der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrages**

Ich erkläre mich mit der für die Bearbeitung meines Einbürgerungsantrages erforderlichen Einholung von Auskünften der Agentur für Arbeit bzw. der für die Leistungsgewährung zuständigen kommunalen Träger (Jobcenter), der Sozialbehörden oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen, einverstanden.

Über die Möglichkeit der Einwilligungsverweigerung und Einwilligungsrücknahme bin ich aufgeklärt worden.

Ort, Datum

Unterschrift

Information

Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Loyalitätserklärung

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreterinnen und Vertreter ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret?

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland. In diesem Begriff werden die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammengefasst. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- **Achtung der Menschenrechte**

Hierzu gehört das Recht jedes Menschen auf Leben, körperliche Unversehrtheit, freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und Gleichbehandlung wie z.B. den Zugang zu Informationen, Bildung und Beruf, Recht auf freie Meinungsäußerung, Freiheit des Glaubens. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat hat die Grundrechte jeder und jedes Einzelnen zu schützen, auch gegen andere Menschen, Vereinigungen und Organisationen. Jede und Jeder hat auch das Recht sich gegen Beeinträchtigungen durch den Staat zu wehren.

- **Demokratie und Volksherrschaft**

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk bestimmt in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen Vertreterinnen und Vertreter in Europa, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der Ebene wahr für die sie gewählt wurden und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

- **Gewaltenteilung**

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlament), der vollziehenden Gewalt (Regierungen) und der der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

- **Rechtsstaatsprinzip**

Dieses Prinzip gewährleistet die Bindung der Parlamente an die verfassungsmäßige Ordnung und von Regierungen, Verwaltungen und Rechtsprechung an Gesetz und Recht. Maßnahmen die in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen benötigen grundsätzlich eine gesetzliche Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt. Jeder Bürgerin und jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

- **Unabhängigkeit der Gerichte**

Die Gerichte sind unabhängig. Sie dürfen von Regierungen und Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind bei der Rechtsanwendung nur ihrem Gewissen verpflichtet. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat Anspruch auf einen fairen Prozess.

- **Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien**

Wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Gründung, Bestand und Arbeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

- **Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition**

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition in ihrer Arbeit nicht behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen dabei noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift (diese leisten Sie bei der Antragsabgabe) bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch, dass

- Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen und auch nicht unterstützt oder verfolgt haben, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten,
- Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder eines seiner Bundesländer gerichtet sind,
- Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Bundes oder eines Landes nicht behindern werden und
- Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.